

Sperrfrist: Redebeginn.
Es gilt das gesprochene Wort.

Begrüßung
Dr. Hans-Gert Pöttering MdEP
Präsident des Europäischen Parlaments a.D.
Vorsitzender der Konrad-Adenauer-Stiftung
Veranstaltung auf Einladung des
Präsidenten der französischen Nationalversammlung
Mittwoch, 23. Juni 2010, 18.30 Uhr

Paris, Hôtel de Lassay

1. **Bernard Accoyer**, Präsident der französischen Nationalversammlung,
Édouard Balladur, Ministerpräsident a.D. der Republik Frankreich,
Jean-Pierre Jouyet, Staatssekretär a.D. für Europäische
Angelegenheiten, Vorsitzender der französischen
Finanzmarktaufsichtsbehörde,
meine sehr verehrten Damen und Herren!

2. Immer wieder gerne bin ich in Paris. Besonders gerne komme ich,
wenn der Präsident der Nationalversammlung einlädt. Verehrter
Bernard Accoyer, seien Sie, als Parlamentspräsident im Dienst,
herzlich begrüßt von einem Parlamentspräsidenten außer Dienst. Ich
danke Ihnen für die Einladung und die Gelegenheit heute hier ein paar
Worte zu sprechen. Eine besondere Gelegenheit: Nicht oft hat man die
Gelegenheit vor einem ehemaligen Ministerpräsidenten der Grande
Nation zu sprechen. Verehrter Édouard Balladur, auch Ihnen gilt mein
herzlicher Gruß. Und ich grüße herzlich den Hauptredner des heutigen
Abends, Herrn Jean-Pierre Jouyet, Vorsitzender der französischen
Finanzmarktaufsichtsbehörde. Verehrter Jean-Pierre Jouyet, wir sind
gespannt auf Ihren Vortrag über Europas Wirtschaft und Finanzen.

3. Vor nicht einmal zwei Jahren, im September 2008, stand die Weltwirtschaft mit dem Zusammenbruch des Bankhauses Lehman Brothers vor dem Abgrund. Mittlerweile scheint die Gefahr einer Depression abgewendet und das Schlimmste überstanden zu sein ist. Die Dynamik des dramatischen Einbruchs ist gebrochen.

Dennoch liegt ein steiniger Weg vor uns, die richtigen Lehren aus der Krise zu ziehen. Die Turbulenzen um die Stabilität des Euros haben dazu beigetragen, dass wir weiterhin vor einer großen – einer historischen – Herausforderung stehen.

Es bedarf nun einer Rückbesinnung auf die Grundlagen und Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft, die geprägt ist von der Einsicht, dass die Marktwirtschaft einen starken Ordnungsrahmens braucht, dass die wirtschaftliche und unternehmerische Freiheit nie Selbstzweck sein darf, sondern dass sie Regeln braucht. Die „**Wirtschaft dient den Menschen**“, diesem Prinzip der Sozialen Marktwirtschaft gilt es wieder mehr Geltung zu verschaffen.

Bereits ein Jahr nach der Bankenkrise des Jahres 1931, am Tiefpunkt der damaligen Weltwirtschaftskrise, plädierten Walter Eucken und Alexander Rüstow, zwei Vordenker der Sozialen Marktwirtschaft, dafür, der „**Versumpfung des Kapitalismus**“ einen „**liberalen**

Interventionismus“ entgegenzustellen, „[...] ***einen starken Staat, einen Staat oberhalb der Wirtschaft, oberhalb der Interessenten, da, wo er hingehört.***“

Der von den geistigen Wegbereitern der Sozialen Marktwirtschaft geforderte Primat des Staates gegenüber der Wirtschaft ist in den letzten Jahren nicht nur bei einigen Marktakteuren aus dem Blick geraten. Die fatalen Folgen eines sich selbst überlassenen Wirtschaftsliberalismus, gerade in einem für die gesamte Volkswirtschaft wichtigen Bereich wie dem Finanzsystem, haben wir in ihrer ganzen Dramatik erlebt.

Ursächlich dafür sind ein unzureichender Ordnungsrahmen des Finanzsystems und damit letztlich auch eine Form des Staatsversagens, vor allem im angelsächsischen Kulturraum. Eine Politik des billigen Geldes, die die Illusion ständig steigender Häuserpreise genährt hat, die den Marktteilnehmern zuviel Verantwortungsbewusstsein zuge-traut und auf eine strengere Regulierung verzichtet hat. Ein Finanzsystem, in dem sich Freiheit und Verantwortung entkoppelt haben und einzelne Marktteilnehmer die Kultur des Risikos, die zur Marktwirtschaft gehört, schamlos ausgenutzt und Kreditrisiken verschleiert haben.

Hier musste der Staat eingreifen und den Weg zurück zum funktionierenden Markt ebnen. Dies ist kein ordnungspolitischer Sündenfall, sondern eine notwendige staatliche Gewährleistung der marktwirtschaftlichen Ordnung. Die Folgen von massenhaften Pleiten grundsolider Unternehmen, von Millionen Arbeitslosen und einem Zerfall staatlicher Steuereinnahmen hätten die Stabilität unserer Demokratie und den Fortbestand unseres auf Freiheit begründeten Modells der Sozialen Marktwirtschaft gefährdet. Es war richtig, dass die Regierungen weltweit die Wirtschaft in dieser Krise stabilisiert haben.

Die Maßlosigkeit einiger hat dazu geführt, dass das Finanzsystem den Vertrag mit der Gesellschaft gebrochen hat. Die Finanzbranche ist nun in der Pflicht ist, alles zu tun, um in den nächsten Jahren an der Wiederherstellung dieses Vertrags an vorderster Front mitzuarbeiten. Aufgabe des Staates ist es, zeitgleich mit der akuten Krisenbewältigung, einen neuen Ordnungsrahmen für das Weltfinanzsystem zu entwickeln. Beim G20-Gipfel in Toronto sollten daher die vielen guten, sinnvollen Initiativen, dem Finanzsystem eine neue Ordnung zu geben, kraftvoll umgesetzt werden.

4. Eine zunehmend globalisierte Welt verlangt die Verständigung auf globale Ordnungsregeln. Die Soziale Marktwirtschaft ist eine herausragende Richtschnur bei der weltweiten Verständigung auf Prinzipien und Regeln des globalen Wirtschaftens. Nicht umsonst wurde die Soziale Marktwirtschaft in den Vertrag von Lissabon aufgenommen. Dies gilt es nun mit Leben zu erfüllen.

Bei dieser großen Aufgabe, die richtigen politischen Lehren aus der Krise zu ziehen, tragen die EU und vor allem Frankreich und Deutschland eine große Verantwortung. Wer meint, die französische und die deutsche Regierung hierbei auseinanderdividieren zu können, unterschätzt das gewachsene Vertrauen in beiden Länder. Ein Vertrauen und eine gemeinsame Geschichte, die es möglich machen, die Dinge auch einmal kontrovers zu diskutieren. Am Ende eint uns die Vorstellung, dass die Stimme Europas im Konzert der globalen Wirtschaft dafür eintritt, dass die **„Freiheit auf dem Markt mit einer sozialen Balance verbunden wird“** (Alfred Müller-Armack) und dass die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Wirtschaft eben kein Selbstzweck ist, sondern den Bürgern der EU zugute kommen muss. Indem sie ihnen mehr Wohlstand, mehr Teilhabe und die Aussicht auf ein besseres Leben eröffnet.

Herzlichen Dank!
